



## **Kleine Anfrage**

**des Abgeordneten Christopher Vogt (FDP)**

**und**

**Antwort**

**der Landesregierung - Finanzministerin**

### **Bundratsinitiative zur Reform der Schuldenbremse**

#### Vorbemerkung des Fragestellers:

Einem Medienbericht zufolge würden verschiedene CDU-geführte Bundesländer eine Bundratsinitiative zur Reform der Schuldenbremse vorbereiten. Zu den Unterstützern einer solchen Bundratsinitiative gehöre demnach auch der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther.<sup>1</sup>

1. Ist die Berichterstattung von Table Media, wonach sich Schleswig-Holstein im Austausch mit anderen Bundesländern über einen gemeinsamen Antrag im Bundesrat für eine Reform der Schuldenbremse befindet, korrekt bzw. welche Teile der Berichterstattung sind korrekt? Bitte erläutern.
2. In dem Artikel wird ein Union-Regierungschef mit folgenden Worten zitiert: „Alle CDU-Ministerpräsidenten sind dafür, dass wir die Schuldenbremse in der Verfassung behalten, aber anpassen müssen“. Ist diese Aussage korrekt, dass Ministerpräsident Daniel Günther eine Anpassung der Schuldenbremse

---

<sup>1</sup> <https://table.media/berlin/news/cdu-gefuehrte-bundeslaender-streben-reform-der-schuldenbremse-an/>.

befürwortet? Wenn ja, wie sollte die Schuldenbremse aus Sicht der Landesregierung angepasst werden? Bitte erläutern.

Antwort zu Fragen 1 und 2:

Der Ministerpräsident hat sich zur Schuldenbremse im Zuge der Pressekonferenz zur Beschlussfassung von Leitlinien für die Haushaltskonsolidierung durch die Landesregierung am 5. März 2024 geäußert.<sup>2</sup>

3. Mit welchen Bundesländern befindet sich die Landesregierung im Austausch über einen möglichen gemeinsamen Antrag im Bundesrat für eine Reform der Schuldenbremse? Bitte erläutern.
4. Welche Möglichkeiten für eine Reform der Schuldenbremse diskutiert die Landesregierung mit anderen Bundesländern und welche dieser Möglichkeiten würde die Landesregierung unterstützen? Bitte erläutern

Antwort zu Fragen 3 und 4:

Im Rahmen des regelmäßigen Austausches der Finanzminister\*innen wird regelmäßig auch über die Haushaltssituation von Bund und Ländern und über das Instrument der Schuldenbremse diskutiert. Aktuell liegen keine Initiativen im Bundesrat vor.

5. Wie bewertet die Landesregierung die im Artikel erwähnte Option, kreditfinanzierte Nettoinvestitionen des Staates künftig nicht mehr auf die Kreditobergrenze der Schuldenbremse anzurechnen? Bitte erläutern.

Antwort zu Frage 5:

Wie von der Finanzministerin in ihrer Plenarrede zu den Tagesordnungspunkten 14 und 29 vom 22. Februar 2024 dargelegt, gibt es zur Frage der künftigen Ausgestaltung der Schuldenbremse keine abgeschlossene Meinungsbildung innerhalb der Landesregierung.

6. Welche Zeitpunkte für das Einbringen eines Antrages im Bundesrat für eine Reform der Schuldenbremse diskutiert die Landesregierung mit anderen Bundesländern und welchen Zeitpunkt präferiert die Landesregierung? Bitte erläutern.

s. Antwort zu Fragen 3 und 4

---

<sup>2</sup> [https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden//\\_startseite/Artikel2024/I/240305\\_bilanz\\_klausurtagung.html](https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden//_startseite/Artikel2024/I/240305_bilanz_klausurtagung.html)